

AKTIV

Von Akut Luxemburg

Unterschriftensammlung

Protest gegen den EU-Bericht SCHENIHR*

"The safety of dental amalgam and alternative dental restoration materials for patients and users".
(Im Bericht wird behauptet, dass Amalgam / Quecksilber kein Risiko für die Gesundheit des Menschen darstellen) http://www.akut.lu/protest/protest_de.htm

Von der Bioinitiative:

Originalpetition zur Unterstützung und der Arbeit der Bioinitiative

Die deutsche Übersetzung wurde vom HESE-Project bereit gestellt. Die Aktion ist insgesamt aber auch Ausdruck der zunehmend intensiven Zusammenarbeit zwischen Wortführern der Diskussion, allen voran die Bioinitiative, das HESE-Project, der BUND und unsere Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie (inzwischen als e. V. - dazu demnächst mehr). Die politische Bedeutung dieser Kooperation liegt darin, dass sich alle Genannten darin einig sind, dass die geltenden Grenzwerte unhaltbar sind, dass eine Umkehr in Sachen EMF zwingend erforderlich ist und dass wir insgesamt einen weniger industriegefälligen Verbraucher- und Umweltschutz brauchen.

Der neuerliche Beitrag der Bioinitiative zur Forderung und Einleitung einer Wende verdient u. E. unsere Unterstützung, selbst wenn vielen von uns die geforderten Grenzwertabsenkungen noch nicht weit genug gehen werden. Immerhin wird die Vorläufigkeit entsprechender Vorschläge betont und damit eingeräumt, dass weitere Absenkungen erforderlich werden könnten.

Also:

Stärken Sie die Bioinitiative Working Group durch Unterzeichnung ihrer Petition!

Klicken Sie den Link zu der deutschen Übersetzung an, lesen und unterzeichnen Sie...

http://www.emrpolicy.org/news/action/bioint_petition_german.pdf

Prof. Dr. phil. Karl Richter, Uwe Dinger, Prof. Dr. med. Karl Hecht, Dr. med. Markus Kern, Prof. Dr. med. Guido Zimmer

=====

CHEMIKALIEN - DATENBANK

Datenbanken: Informationen zur Substanztoxikologie in CCRIS

Sie wollen mehr über schädliche Wirkungen chemischer Substanzen wissen? Dann sollten Sie die kostenfreie Faktendatenbank Chemical Carcinogenesis Research Information System (CCRIS) kennen. Dort finden Sie kritisch bewertete Ergebnisse und Referenzangaben von Prüfungen chemischer Stoffe auf krebserregende, tumorfördernde, tumorhemmende und erbgutverändernde Wirkung.

http://www.dimdi.de/dynamic/de/amg/aktuelles/news_0233.html

=====

CHEMIKALIEN - BISPHENOL A

16.04.2008

Wie schädlich ist die Plastikflasche?

Thomas Pany

US-Bericht eröffnet neue Runde im Streit um die Wirkung von Bisphenol A

In München gibt es einen Mann, auf den die in Frage kommende Chemikalie nachweisbar signifikante Auswirkungen hat. Man braucht nur das Kürzel des kristallinen Grundstoffes zu nennen und der Mann wird zum Nervenbündel, der seine Umwelt vergiftet. "BPA", bzw. Bisphenol A, ist der Name des "Reizstoffes", der den überbesorgten Vater zum tobenden Feind aller Plastikbabyflaschen macht - und schon eine Menge Wissenschaftler in einen "Guerillakrieg" um die Gefahren und Risiken des

Grundbausteins für Polykarbonate gezogen hat. Möglich, dass der Bericht (PDF-Datei http://cerhr.niehs.nih.gov/chemicals/bisphenol/BPADraftBriefVF_04_14_08.pdf) einer amerikanischen Gesundheitsbehörde über BPA, der gestern veröffentlicht wurde, den Konflikt neu aufmischt. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27740/1.html>
<http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dlartikel2.cgi?artikelNr=27740&zeilenlaenge=72&mode=html>

=====

CHEMIKALIEN - MEDIKAMENTENRUECKSTAENDE

19.03.08

Weltwassertag am 22.3.2008 / **Medikamentenrückstände gefährden unsere Gewässer / Renommierete Umweltforscher appellieren: "Altmedikamente über Apotheken entsorgen"**

Köln (ots) - Mehr als 90 Prozent der von Menschen in Arzneimitteln aufgenommenen Wirkstoffe werden wieder ausgeschieden und gelangen so über die häuslichen Abwässer in den Wasserkreislauf. Jüngste Studien belegen allerdings, dass vor allem auch die unsachgemäße Entsorgung von Alt-Medikamenten über die Toilette und Spüle erheblich zur Verunreinigung unserer Gewässer beiträgt.

Weiter unter Originaltext: <http://www.altmedikamente.com>
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/70503>

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

Von PAN Germany:

Jetzt ist die PAN Germany Broschüre "**Für die Berücksichtigung von Biodiversität im Pflanzenschutzrecht auch online unter:**

http://www.pan-germany.org/download/biodiversitaet/Biodiversitaet_und_Pflanzenschutzrecht.pdf
(pdf-Datei, 510 kb) verfügbar.

Die Broschüre setzt sich mit dem Spannungsfeld chemischer Pflanzenschutz und Biodiversitätsschutz auseinander.

Sie beleuchtet Pestizidauswirkungen auf die biologische Vielfalt und gibt einen Überblick, wie das Schutzgut biologische Vielfalt im Pflanzenschutzrecht berücksichtigt wird und wo Handlungsbedarf für einen besseren Biodiversitätsschutz besteht.

Weitere Informationen zum Thema "Biodiversität" finden Sie auf unserer Website unter <http://www.pan-germany.org/deu/~infodblast.html?cat=002500000> und <http://www.pan-germany.org/deu/projekte/biodiversitaet.html>

Besonders aufmerksam machen möchten wir auf unser Informationsblatt "Was bleibt, wenn die Vielfalt geht?"

Der Rückgang der biologischen Vielfalt ist erheblich. Welchen Einfluss haben Pestizide auf die biologische Vielfalt? Wie werden Amphibien durch Pestizide in ihrer Entwicklung gestört? PAN Germany informiert über Zusammenhänge und gibt Tipps, was jeder von uns zum Schutz der Vielfalt beitragen kann.

Informationsblatt zur biologischen Vielfalt http://www.pan-germany.org/download/hintergrundinfos_biodiversitaet.pdf
(pdf-file, 700 kb)

Das Informationsblatt ist auch in englischer Sprache verfügbar: "No food, no home, no partner? - What is left when diversity disappears?"

http://www.pan-germany.org/download/biodiversitaet/biodiversity_and_pesticides.pdf

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

Email: <mailto:presse@pan-germany.org>

Websites:

<http://www.pan-germany.org>
<http://www.pan-germany.net/baumwolle/>
<http://www.pestizidreduktion.de>
<http://www.pesticide-residues.org>
<http://www.oisat.org>
<http://www.fao-code-action.info>

=====

CHEMIKALIEN - DATENBANKEN

Datenbanken: sofort zum Volltext bei Karger

Sie suchen Volltexte medizinischer Publikationen? Die Karger-Verlagsdatenbank verlinkt direkt von Ihren Suchergebnissen zu über 64.000 Originalartikeln. Die englische Literaturdatenbank führt Beiträge aus 77 internationalen Zeitschriften des Karger-Verlags zu Medizin und Psychologie als PDF-Datei zum Download .

http://www.dimdi.de/dynamic/de/db/aktuelles/news_0234.htm

https://gripsdb.dimdi.de/websearch/servlet/Prestart?prestartid=freeStdDbDe#_DEFANCHOR

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von Diagnosefunk

Fehlinterpretationen epidemiologischer Studien

21. Mai 2008

Im Oktober 2000 startete die weltweit umfangreichste epidemiologische Studie zu Tumoren im Kopfbereich, die in 13 Ländern durchgeführte und von der Internationalen Krebsagentur (IARC) der WHO koordinierte Interphone Studie... [http://www.diagnose-](http://www.diagnose-funk.org/gesundheits/00000097f40ae101b/033ea29aa50711c01.html)

[funk.org/gesundheits/00000097f40ae101b/033ea29aa50711c01.html](http://www.diagnose-funk.org/gesundheits/00000097f40ae101b/033ea29aa50711c01.html)

Die Sicherheit von Mobiltelefonen

20. Mai 2008

TodayTonight: Wir haben aufgedeckt, dass vier der Telefone, die wir auf Strahlungsemissionen getestet hatten, unsere eigenen Sicherheitsstandards nicht erfüllen. Schon bevor unsere Geschichte herauskam, hat die Australische Gesellschaft für... [http://www.diagnose-](http://www.diagnose-funk.org/technik/033ea2998307ae213/033ea29aa4078a00c.html)

[funk.org/technik/033ea2998307ae213/033ea29aa4078a00c.html](http://www.diagnose-funk.org/technik/033ea2998307ae213/033ea29aa4078a00c.html)

Interphone-Forscher warnt vor Mobilfunk-Risiken

20. Mai 2008

„Ich möchte nicht gerne Benutzer eines Mobiltelefons sein“, sagt ein Interphone-Forscher und drückt damit seine Besorgnis über die Tumorrisiken aus, die mit dem Langzeitgebrauch von Mobiltelefonen verbunden sind... [http://www.diagnose-](http://www.diagnose-funk.org/gesundheits/00000097f40ae101b/033ea29aa40618d05.html)

[funk.org/gesundheits/00000097f40ae101b/033ea29aa40618d05.html](http://www.diagnose-funk.org/gesundheits/00000097f40ae101b/033ea29aa40618d05.html)

=====

GRUENE GENTECHNIK

15.05.2008

Gen-Baumwolle: "Schon mehr als 100.000 Selbstmorde"

Alternativ-Nobelpreis-Trägerin fordert Rückbesinnung auf Regionalisierung

Bonn (pte/16.05.2008/13:30) - "Die Bauern fordern lautstark gentechnisch veränderte Saaten", kommentierte Landwirtschaftsminister Agit Singh noch im Frühjahr 2002 die erstmalige Zulassung genmanipulierter Baumwolle in Indien euphorisch. Die Realität hingegen sei erschreckend anders, schildert die Physikerin, Menschenrechtsaktivistin und Trägerin des Alternativ-Nobelpreises, Vandana Shiva, im Rahmen des Kongresses "Planety-Diversity" <http://www.planet-diversity.org> in Bonn. Im presstext-Interview beschreibt Shiva einen Teufelskreis, in den die Bauern hineingeraten seien und aus dem es nur durch die Besinnung auf alte Werte ein Entrinnen gebe.

presstext: Sie prangern den Gentechnikkonzern Monsanto für seine Vorgangsweise in Indien an und sprechen sogar von "Genozid". Was ist passiert?

Shiva: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen den Selbstmorden der Bauern und "Bollgard", der gentechnisch veränderten Baumwolle von Monsanto <http://www.monsanto.com>. Inzwischen hat Monsanto sichergestellt, dass es so gut wie keine Alternative zu dieser Baumwolle gibt.

BUNDESTAG

29.05.2008

Zulassung gentechnisch veränderter Organismen verbessern

Berlin: (hib/MIK) Der Schutz von Mensch und Umwelt muss nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oberstes Ziel des europäischen Gentechnikrechts bleiben. Deshalb fordern die Abgeordneten die Bundesregierung in einem Antrag (16/9314) auf, sich bei Verhandlungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass dementsprechend für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen weiterhin "Nulltoleranz" gelten soll. Zudem solle die Regierung kurzfristig konkrete Vorschläge vorlegen, wie die Praxis des EU-Zulassungsverfahrens für gentechnisch veränderte Organismen hinsichtlich einer Stärkung der demokratischen Rechte einzelner EU-Länder verbessert werden kann, wenn diese begründete Bedenken gegen die EU-Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen vorbringen. Außerdem soll die Regierung einen Vorschlag vorlegen, wie die Defizite beim Zulassungs- und Genehmigungsverfahren von gentechnisch veränderten Pflanzen der zweiten und dritten Generation hinsichtlich der Risikobewertung, beim Risikomanagement, beim Monitoring sowie im EU-Zulassungsverfahren behoben werden können. Schließlich soll die Regierung offenlegen, in welcher Form es Verflechtungen zwischen den Experten in den nationalen Behörden wie dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit mit der Agro-Gentechnik-Industrie sowie Institutionen und Lobby-Organisationen gibt. Die Fraktion begründet ihren Antrag damit, dass in die Natur freigesetzte Organismen nicht mehr rückholbar sind. Gerade deshalb müsse das Prinzip Vorsorge bei der Agro-Gentechnik konsequent verfolgt werden.

*

7.05.2008

Anbau von Genmais MON 810 stellt keine Gefahr für die Umwelt dar

Berlin: (hib/MIK) Der Anbau von Genmais MON 810 stellt keine Gefahr für die Umwelt dar. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/8963

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/089/1608963.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/8639 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608639.pdf>). Sie bezieht sich dabei auf die Zentrale Kommission für biologische Sicherheit, die im Juli 2007 zu diesem Ergebnis gekommen sei. Im Rahmen der beantragten Neuzulassung von MON 810 werde die Frage einer möglichen Gefährdung der Biodiversität weiter geprüft, heißt es. Die Genehmigung zum Inverkehrbringen von MON 810 sei bereits 1998 gemäß der damals geltenden EU-Richtlinie erteilt worden. Diese Genehmigung habe EU-weit und zunächst zeitlich unbegrenzt gegolten. Die seit 17. Oktober 2002 anzuwendende neue EU-Richtlinie habe die Pflicht eingeführt, bei der Genehmigungsbeantragung einen Beobachtungsplan vorzulegen. Dies habe die Firma Monsanto getan. In Deutschland sei die Firma verpflichtet, schon ab 2008 entsprechende Beobachtungen durchzuführen.

10.04.2008

Zulassung gentechnisch veränderter Organismen erfolgt durch EU-Gremien

Berlin: (hib/MIK) Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Entscheidung über die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen in den Gremien der EU auf Grundlage des einschlägigen Gemeinschaftsrechts erfolgen sollte. Dies erklärt sie in ihrer Antwort (16/8719

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/087/1608719.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/8421 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608421.pdf>) zur Zulassung der Stärkekartoffel Amflora. In der Europäischen Union dürfen gentechnisch veränderte Pflanzen nur in Verkehr gebracht werden, wenn nach einer umfassenden Prüfung durch die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit feststeht, dass keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt zu befürchten sind, heißt es weiter. Das Bundeslandwirtschaftsministerium prüfe gegenwärtig, durch welche konkreten Maßnahmen das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen gestrafft oder stärker an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet werden könne. Darüber hinaus ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, dass das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen für mittelständische Pflanzenzuchtunternehmen eine kaum zu bewältigende Hürde darstellt.

*

26.03.2008

Monitoring von Genmais MON 810 unter der Lupe

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MIK) Für das Monitoring von Genmais MON 810 interessiert sich die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (16/8639 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608639.pdf>). Die Firma Monsanto, so die Linken, dürfe nach zwischenzeitlichem Handelsverbot nach Vorlage eines Monitoringplans Saatgut des gentechnisch veränderten Mais MON 810 in Deutschland wieder zum Anbau anbieten. Eine entsprechende Freigabe habe das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) am 6. Dezember 2007 erteilt. Der von der Firma vorgelegte Monitoringplan stehe allerdings in der Kritik, heißt es weiter. Deshalb soll die Bundesregierung unter anderem mitteilen, wie sie die Ergebnisse des MON 810-Pollenmonitorings 2007 im Ruhlsdorfer Bruch bewertet, und welche Schlussfolgerungen notwendig seien für den Schutz von ökologisch sensiblen Gebieten vor Polleneintrag gentechnischer veränderter Maispflanzen. Weiter soll die Regierung erläutern, wie sie den Anbau von MON 810 in Bezug auf die gerade beschlossene Biodiversitätsstrategie bewertet und welche Erkenntnisse sie über die Toxizität von MON 810 für besonders gefährdete Schmetterlinge hat.

Anmerkung Scherrmann:

Wie Sie wissen, wenn Sie schon mehrere meiner newsletter gelesen habe, sammle ich auch die Argumente, die ich selber nicht nachvollziehen kann.

=====

KRANKHEITEN

15.05.2008

Chemotherapie ohne Wirkung bei Asbestmesotheliomen Weiterer Anstieg der Erkrankungen befürchtet

London (pte/16.05.2008/10:00) - Behandlungen mit Chemotherapie, die das Leben von Patienten verlängern und den Leidensdruck verringern sollen, wirken bei mit Asbest in Zusammenhang stehenden Krebserkrankungen nicht. Zu diesem Ergebnis ist eine Studie unter der Mitwirkung der Medical Research Council Clinical Trials Unit <http://www.mrc.ac.uk> gekommen. Asbestmesotheliome sind normalerweise nicht heilbar. Manche Experten haben daher laut BBC bisher auf eine Behandlung mit einer Chemotherapie gesetzt. Details der Studie wurden in The Lancet veröffentlicht.

Laut Studie erkannten hunderte befragte Patienten in der Chemotherapie keine Vorteile. Nicholas Vogelzang vom Nevada Cancer Institute <http://www.nevadacancerinstitute.org> geht davon aus, dass eine andere Kombination von Medikamenten besser wirken sollte. Trotz gesetzlicher Kontrollen sterben allein in Großbritannien rund 2.000 Menschen an Mesotheliomen. Die jahrzehntelange Verzögerung zwischen dem Kontakt und dem Eintreten der Erkrankung lässt befürchten, dass die Anzahl der Erkrankungen noch für mindestens ein halbes Jahrzehnt ansteigen wird
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=080516011>

31.03.2008

Kontakt mit Pestiziden erhöht Parkinsonrisiko Herbizide und Insektizide sind am gefährlichsten

Durham (pte/31.03.2008/06:00) - Es gibt starke Hinweise darauf, dass der Kontakt mit Pestiziden das Risiko einer Parkinson-Erkrankung deutlich erhöht. Ein Team amerikanischer Wissenschaftler hat nachgewiesen, dass das Ausgesetztsein zu einem 1,6 Mal höheren Risiko führt. Die Forscher der Duke University <http://www.duke.edu>, der Miami University <http://www6.miami.edu>, und des Udall Parkinson's Disease Research Center of Excellence <http://www.mc.uky.edu/parkinsons> werteten die Daten von insgesamt 600 Personen aus. Details der Studie wurden in BMC Neurology veröffentlicht. Experten betonen jedoch laut BBC, dass Pestizide sehr wahrscheinlich eine Schlüsselrolle spielten, jedoch nur in Kombination mit anderen Faktoren. ...

Die leitende Wissenschaftlerin Dana Hancock erklärte, es gäbe sehr starke Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen Pestiziden und Parkinson. "Wir müssen herausfinden, wie der biologische Prozess genau abläuft. Uns ist aufgefallen, dass der private Einsatz von Pestiziden eher zu einem Kontakt führte als das berufliche Umfeld." Kieran Breen, Leiter der Forschungsabteilung der Parkinson's Disease Society, <http://www.parkinsons.org.uk> bestätigte, dass ein möglicher Zusammenhang bereits von früheren Studien hergestellt worden sei. Die aktuelle Studie verstärke jedoch die Vermutung, dass Pestizide eine entscheidende Rolle spielten. "Wir wissen aber noch immer nicht genau, was Parkinson verursacht. Wahrscheinlich ist es eine Kombination von genetischer Prädisposition und umweltbedingten Faktoren." Breen verwies in diesem Zusammenhang auf eine eigene Umfrage mit rund 10.000 Patienten, die ergeben hatte, dass nur einer von zehn Teilnehmern langfristig Pestiziden ausgesetzt war.
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=080331001>

=====

MEDIZIN - DATENBANKEN

Datenbanken: sofort zum Volltext bei Karger
Sie suchen **Volltexte medizinischer Publikationen**? Die Karger-Verlagsdatenbank verlinkt direkt von Ihren Suchergebnissen zu über 64.000 Originalartikeln. Die englische Literaturdatenbank führt Beiträge aus 77 internationalen Zeitschriften des Karger-Verlags zu Medizin und Psychologie als PDF-Datei zum Download .
http://www.dimdi.de/dynamic/de/db/aktuelles/news_0234.htm
https://gripsdb.dimdi.de/websearch/servlet/Prestart?prestartid=freeStdDbDe#_DEFANCHOR

=====

NANOTECHNOLOGIE

21.05.2008
Toxische Miniröhrchen – Asbest-Erkrankungen durch Nanotechnologie
Edinburgh – Nanotubuli, mikroskopisch kleine Röhrchen, gelten als Hoffnungsträger einer neuen Technologie des 21. Jahrhundert. Doch einige Forscher erinnert das Aussehen dieser Wunder der Miniaturisierung sehr an eine der größten industriellen [mehr]
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=26427>

=====

RECHT

Europäische Union
2.07 Chemikalien und Gefahrstoffe
91/414/EWG – RL Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln
Stand: 04. April 2008
www.UMWELTdigital.de/67470
Änderungstext (kostenpflichtig)

=====

TERMINE

FACHTAGUNG

10 Jahre Selbsthilfegruppe für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet
21. Juni 2008
Schadstoffinduzierte Krankheiten
Erkennen – Vermeiden – Therapieren
im Pfarrheim Maria Himmelskron Marienstraße 16 a, 63150 Heusenstamm von 9:45 Uhr bis 18:00 Uhr
Veranstalter:
SHG für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet

Programm:

Peter Bornhofen, Gernsheim (GZM): Zahnwerkstoffe - als Krankheitsauslöser
Ingrid Scherrmann: Schadstoffinduzierte Krankheiten (SIKs): Herausforderungen für Patient, Medizin, Politik und Gesellschaft
Dipl. Chem. Udo Heck: Mitochondropathien, Leben mit Kryptopyrrolurie, ADS, ADHS
Dagmar v. Lojewski-Paschke: Klassenzimmer machen krank
Dr. Angela Vogel Aktuelles zur berufsgenossenschaftlich- arbeitsmedizinischen Beurteilung von Lösungsmittelerkrankungen
Dr. Frank Bartram: Chronische Inflammationsprozesse induziert durch Nahrungsmittel und Nahrungsergänzungsmittel
Dr. Eckart Schnakenberg: Nahrung und Genetik: Aktueller Stand

weitere Informationen zum Programm unter <http://www.safer-world.org/d> (1. Seite)

Zum Vortrag von Ingrid Scherrmann:

Ingrid Scherrmann informiert seit 10 Jahren auf ihrer Website <http://www.safer-world.org> über Zusammenhänge zwischen Schadstoffen und Gesundheitsschäden. Bei ihrem Vortrag „Schadstoffinduzierte Krankheiten, Herausforderungen für Patient, Medizin, Politik und Gesellschaft“ legt sie dar, warum es dringend notwendig ist

- dass diese Zusammenhänge von Patient, Medizin, Politik und Gesellschaft besser wahrgenommen werden und in kausalen Bezug gestellt werden
- dass diese Erkenntnisse mehr Niederschlag im Klinik- und Praxisalltag finden
- dass Schadstoffreduktion als wichtigste Präventionsmaßnahme in unserem Gesundheitswesen einen zentralen Stellenwert bekommt
- dass die Bürgerinnen und Bürger für sich und kommende Generationen mehr Prävention einfordern und
- dass die Politik die Rahmenbedingungen für eine effektivere Schadstoffreduktion schafft

Ingrid Scherrmann analysiert nicht nur, warum wir Veränderungen brauchen, sondern sie macht auch Vorschläge, welche Konsequenzen aus dem Wissen gezogen werden sollten.

Fachgespräch zur Umweltmedizin in Berlin

Am 20.06.2008 findet in Berlin ein Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "**Wenn Umwelt krank macht, ... muss die Politik handeln?**"

Agenda & Anmeldung:

http://www.gruenebundestag.de/cms/termine/dok/235/235488_wenn_umwelt_krank_macht_muss_die_politi.html

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft

21. Jahrgang, Ausgabe 1/2008, S. 1-88

Inhalt u.a.:

Schwerpunkt: Toxische Enzephalopathie und Neuropathie

Wolfgang Huber: Polyneuropathie und Enzephalopathie durch organische Lösungsmittel und deren Gemische

Kurt Mueller und Stefan Labouvie: Umweltbedingte Schäden an postsynaptischen Membranen von Dopamin-D2-Rezeptoren

Thilo M. Messerschmitt: Schutz vor intrazerebraler Intoxifikation durch Glutathion - Diskussionsbeitrag zu therapeutischen Maßnahmen

Wilhelm Krahn-Zembo: Toxische Enzephalopathie und Polyneuropathie: Beweisanforderungen in der juristischen Praxis

Umweltmedizin

Jan-Olaf Gebbers_ Beeinflusst Luftverschmutzung die reproduktive Gesundheit?

Kinder

Lynn Howard Ehre, Rosalie Bertell und Inge Schmitz-Feuerhake: Die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte über Computer-Tomographie (CT)-Diagnostik bei Kindern - -Wider die politischen Tabus im Strahlenschutz

Klima

Walter Soennig und Hans Baumer: Die Meteorotropie der fotografischen Dichromat-Gelatine: Ein Modellfall für die „Wetterfähigkeit“ bei Mensch und Tier?

Horst-Dietrich Elvers: Umweltgerechtigkeit - ein Handlungsansatz für Public Health?

Editorial

Rainer Frentzel-Beyme: Toxische Enzephalopathie und Polyneuropathie: Neue Entwicklungen

3

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S.

Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte:

Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52

E-Mail: info@umg-verlag.de

Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

28.05. 2008

Bleiexposition behindert Hirnwachstum und fördert Kriminalität

Cincinnati – Eine hohe Bleibelastung behindert die Hirnentwicklung bei Kindern und fördert die Kriminalität im Jugendalter. Zu diesem Ergebnis kommen zwei US-Studien in PLoS Medicine 2008; 5: e101 und e112). Auch in Deutschland sind viele Kinder [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=26499>

23.05.2008

Studie: Lösungsmittel Glykoläther schädigt Spermien

Manchester – Glykoläther, die zunehmend in Farben als Lösungsmittel eingesetzt werden, können einer Fall-Kontrollstudie in Occupational and Environment Medicine (2008; doi: 10.1136/oem.2007.035824) zufolge die Motilität von Spermien [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=26455>

22.05.2008

Verdacht: Insektizide in Haushaltsprodukten erhöhen Autismusrisiko

Pyrethrine verursachen im Tierversuch Schäden im Nervensystem (pte080522010)

<http://www.presetext.de/ptepoint.mc?pte=080522010>

15.05.2008

EU: Grünen-Politikerin warnt vor Gesundheitsgefahren durch Pestizide

Brüssel – Sollen gesundheitsgefährdende Pestizide grundsätzlich verboten werden oder nicht? Diese Frage spaltet derzeit den europäischen Gesetzgeber. Während sich das EU-Parlament (EP) bei der Revision der europäischen Zulassungsvorschriften für [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=32372>

6.05.2008

Freie Radikale in der Luft können Asthma auslösen

Steigende Luftverschmutzung begünstigt Bildung des aggressiven Nitratradikals

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=080505039>

Die Studie der australischen Chemikerinnen wird im Fachblatt Chemical Communications der britischen Royal Society of Chemistry <http://www.rsc.org> veröffentlicht. (Ende)

18.04.2008

Starker Anstieg von asbestinduzierten Rippenfelltumoren

Freiburg – Die Zahl der Patienten mit bösartigen Pleuramesotheliomen steigt. „Während vor rund 20 Jahren die Diagnose eines Rippenfelltumors noch eher selten war, stellen sich bei uns heute fast wöchentlich neue Patienten vor, bei denen [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=26067>

Bundesinstitut schließt Gesundheitsschäden durch Bürogeräte nicht aus

Berlin – Laserdrucker, -kopierer und Multifunktionsgeräte könnten dazu beitragen, unspezifische Symptome wie Schleimhautbeschwerden, Bindehautreizungen, Reizungen des Atemtraktes und der Rachenschleimhaut hervorzurufen. Zu diesem Ergebnis kommt das [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=26068>

=====

POLITIK - BEHÖRDEN

=====

BUNDESTAG

28.05. 2008

Neue Pflanzenschutzverordnung soll Ende des Jahres beschlossen werden

Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/MIK) Die Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln soll Ende 2008/Anfang 2009 beschlossen werden. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/9239 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609239.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/8942). Der Bundesregierung lägen darüber hinaus keine Erkenntnisse vor, dass die Beschlüsse des Europäischen Parlaments dazu auf eine Abschaffung des chemischen Pflanzenschutzes zielten. Die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln werde durch diese Beschlüsse jedoch erheblich eingeschränkt, heißt es weiter. Dies würde dazu führen, dass vor allem bei den tierischen Schädlingen aber auch bei einigen durch Pilze verursachte Erkrankungen keine oder nur sehr unzureichende Bekämpfungsmöglichkeiten bestünden. Dies hätte deutliche negative Auswirkungen auf Teile der Landwirtschaft und des Gartenbaus innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union. Die Pflanzenschutzmittel herstellenden Unternehmen würden durch diese Regelung ebenfalls erheblich negativ getroffen. Die Bundesregierung sieht in Deutschland keine gravierenden Defizite im derzeitigen Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, schreibt sie in der Antwort. Das Zulassungsverfahren gewährleiste einen hohen Standard für den Verbraucherschutz und den Schutz des Naturhaushaltes und stelle gleichzeitig der Landwirtschaft die erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung.

Im Bundestag notiert: Auswirkungen der europäischen Gesetzesinitiativen im Bereich Pflanzenschutz

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/KRO) Die FDP-Fraktion interessiert sich in einer Kleine Anfrage (16/8942 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/089/1608942.pdf>) für die Auswirkungen der europäischen Gesetzesinitiativen im Bereich Pflanzenschutz auf Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Abgeordneten fragen unter anderem, welche Defizite die Bundesregierung im derzeitigen Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel sieht und welche Auswirkungen die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf die biologische Vielfalt oder auf das Ökosystem hat.

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

24.04.2008

BfR richtet nationale Expertengremien für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz ein 14 wissenschaftliche Kommissionen beraten das Institut

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) wird in Fragen der Lebensmittelsicherheit und der Produktsicherheit künftig von 14 Kommissionen in seiner wissenschaftlichen Arbeit für die

Bundesregierung und europäische Gremien beraten. In jede Kommission wurden rund zehn externe, unabhängige Sachverständige berufen, die ehrenamtlich ihre Expertise in die Arbeit des BfR einbringen. „Mit diesem Expertennetzwerk können wir Sachverstand auf höchstem wissenschaftlichen Niveau für unsere Risikobewertungen bündeln und in internationale Gremien einbringen“, sagt Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des BfR. Die wissenschaftliche Qualität der Stellungnahmen des Instituts wird so erhöht und eine externe Qualitätssicherung gewährleistet. Darüber hinaus ist es dem Institut damit auch in Krisenfällen möglich, kurzfristig externen Sachverstand einzuholen. Die Struktur der Kommissionen am BfR orientiert sich weitgehend an der Kommissionsstruktur der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Aufgabe des BfR ist es, eine unabhängige, dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechende Risikobewertung von Stoffen und Mikroorganismen in Lebensmitteln, Futtermitteln und verbrauchernahen Produkten vorzunehmen. Die wissenschaftlichen Stellungnahmen des BfR dienen unter anderem den Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als Grundlage für politische Entscheidungen. Die nun am BfR eingerichteten Kommissionen ermöglichen dem Institut, die wissenschaftliche Qualität seiner Stellungnahmen durch externen Sachverstand zu erhöhen.

Die Idee, bei der Bewertung von Risiken auch auf externen Sachverstand zurückzugreifen, ist nicht neu. Vor mehr als 50 Jahren wurde beispielsweise die Kunststoff-Kommission ins Leben gerufen, die noch heute in neuer personeller Besetzung und nun auch mit anderer Bezeichnung das BfR berät. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit fließen in die Bewertungen des BfR ein. Nicht zuletzt die erfolgreiche Arbeit dieser Gremien hat das Institut veranlasst, solche Kommissionen auch für andere Fachgebiete einzurichten.

Der Aufbau der neuen, erweiterten Kommissionsstruktur brachte ein umfangreiches Berufungsverfahren mit sich. Ein eigens eingerichteter Berufungsbeirat suchte die Kommissionsmitglieder aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber aus. Dem Berufungsbeirat gehören die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des BfR, das Präsidium des BfR, die Vorsitzenden der Senatskommissionen „zur gesundheitlichen Bewertung von Lebensmitteln“ und „für Stoffe und Ressourcen in der Landwirtschaft“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und ein Mitglied des Präsidiums des Senats der Bundesforschungsanstalten an. Bereits mit ihrer Bewerbung haben sich die Interessierten verpflichtet, als Kommissionsmitglied unabhängig von jeglicher äußerlicher Beeinflussung zu handeln.

Neu eingerichtet werden die Kommissionen:

Bedarfsgegenstände
Bewertung von Vergiftungen
Biologische Gefahren
Ernährung, diätetische Produkte, neuartige Lebensmittel und Allergien
Expositionsschätzung und -standardisierung
Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel
Hygiene
Kontaminanten und andere gesundheitlich unerwünschte Stoffe in der Lebensmittelkette
Kosmetische Mittel
Lebensmittelzusatzstoffe, Aromastoffe und Verarbeitungshilfsstoffe
Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände
Pharmakologisch wirksame Stoffe und Tierarzneimittel
Wein- und Fruchtsaftanalysen
Zusatzstoffe, Erzeugnisse und Stoffe in der Tierernährung
Die Experten kommen aus Universitäten, Landesuntersuchungsämtern, Wirtschaftsverbänden, Verbraucherschutzverbänden sowie privaten Laboratorien.

Der Berufungsbeirat hat insgesamt 186 Expertinnen und Experten als Kommissionsmitglieder benannt. Die ersten beiden Kommissionen (BfR-Kommission für Bedarfsgegenstände und BfR-Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel) nehmen ihre Arbeit am 24.04.2008 auf und werden, wie alle anderen Kommissionen auch, voraussichtlich zwei Mal pro Jahr tagen.

Unabhängig von den neu berufenen Kommissionen arbeiten am BfR die Nationale Stillkommission und die Kommission zur Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen in ihrer bisherigen personellen Besetzung weiter.

Weitere Informationen zu den einzelnen Kommissionen finden Sie im Internet unter <http://www.bfr.bund.de>

Anmerkungen Scherrmann:

Dass es dringend noetig ist, dass solche Gremien eingerichtet werden, ist keine Frage. Und auf den 1. Blick klingt dieses Vorhaben wirklich sehr fortschrittlich. Die Erfahrung mit der schon seit vielen Jahren "taetigen" Kosmetikexpertengruppe (zu der auch Vertreter aus der Industrie gehoeren) und anderer Expertengruppen laesst mich aber eher skeptisch sein.

Ich denke, vor allem Industrievertreter, aber auch Hochschulvertreter koennen nicht "unabhaengig von jeglicher aeusserlichen Beeinflussung handeln". Entweder werden die Buergerinnen und Buerger durch dieses Statment fuer dumm verkauft oder das BfR geht ziemlich naiv an die Sache ran.

=====

UBA (Umweltbundesamt)

29.05.2008

Gesund wie ein Fisch im Wasser?

Fachleute besorgt über Fehlbildungen bei Meeresbewohnern – Ursachenforschung in Nord- und Ostsee nötig

Die Geschlechtsorgane der Aalmutter (*Zoarces viviparus*) in Nord- und Ostsee sind geschädigt. Das zeigt eine Untersuchung für die Umweltprobenbank des Bundes (UPB), die das Institut für angewandte Ökologie (IFAÖ) an den Geschlechtsorganen (Gonaden) dieser Meeresfische durchführte. Die UPB sammelt bereits seit 1985 jährlich tausende Proben aus der Umwelt und vom Menschen. Diese werden eingelagert und stehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für Analysen der Schadstoffbelastung zur Verfügung. So erlaubt der Probenstock der Aalmutter repräsentative Rückschlüsse auf die Chemikalienbelastung dieses typischen Küstenfisches in Nord- und Ostsee.

Erstmals hat die UPB nun die Geschlechtsorgane eines jährlichen Aalmutterfangs auf Veränderungen des Gewebes untersuchen lassen. Das von der UPB damit beauftragte Rostocker Institut für angewandte Ökologie (IFAÖ) fand Besorgnis erregende Ergebnisse: Eindeutig weibliche Geschlechtszellen bildeten sich in den Hoden der männlichen Aalmutter. Solche Fehlbildungen werten Fachleute als Indiz für eine Belastung der Tiere mit hormonell aktiven Schadstoffen, die in das Fortpflanzungssystem eingreifen. Diese so genannten endokrinen Stoffe können mit der Produktion und Verwendung von Industriechemikalien oder der Anwendung von Haushaltsprodukten, Pflanzenschutzmitteln und Medikamenten in das Meer gelangen. Hinweise auf die Verweiblichung männlicher Fische in der Ostsee gibt es bereits seit längerem. Erstmalig entdeckte das IFAÖ diese Fehlbildung nun auch in Aalmuttern der deutschen Nordsee.

In den Geschlechtsorganen der weiblichen Aalmuttern fanden die Rostocker Fachleute ebenfalls Fehlbildungen: Die Eizellen in den Eierstöcken waren bereits Wochen vor der Geschlechtsreife und dem Beginn der Paarungszeit massiv degeneriert. Dieses Phänomen ist als unspezifischer Indikator für Stress bekannt, den nicht nur Chemikalien, sondern auch andere Faktoren hervorrufen können. Neu ist das Ausmaß der Veränderung: In nahezu jeder gefangenen Aalmutter fanden die Fachleute mittelschwere bis schwere Degenerationen der Eizellen.

Welchen Einfluss haben diese Schädigungen der Geschlechtsorgane auf den Fortpflanzungserfolg der Aalmutter? Die wenigen Eizellen in den Hoden beeinträchtigt die Fortpflanzungsfähigkeit der Männchen wahrscheinlich nicht nennenswert. Bei den Weibchen besteht hingegen der begründete Verdacht, dass die deutlichen Befunde auf eine gestörte Fruchtbarkeit der Tiere hinweisen.

Die Ursachen dieser degenerativen Veränderungen sind derzeit noch nicht hinreichend bekannt. Die UPB untersucht jetzt weitere Aalmuttern, die von anderen, zum Teil unbelasteten Stellen in Nord- und Ostsee stammen. Die Studien sollen zeigen, ob und falls ja, welchen Anteil Chemikalien an den Veränderungen der Geschlechtsorgane haben und welche anderen Ursachen in Frage kommen.

Der Forschungsbericht „Biologisches Effektmonitoring mit Aalmuttern aus Nord- und Ostsee“ kann unter <http://www.umweltbundesamt.de/umweltproben/aktuelles/index.htm> heruntergeladen werden.

03.04.2008

Gegen Müll und Mief: Tipps für den umweltfreundlichen Frühjahrsputz Reinigungsmittel sparsam verwenden – kaputte Elektrogeräte bei kommunalen Sammelstellen abgeben

Der Frühling ist da – für viele die Gelegenheit, Haus oder Wohnung zu entrümpeln und den Winter hinaus zu fegen. Wer nicht nur Wert auf große Sauberkeit legt, sondern auch an unsere Umwelt denkt, sollte einige Hinweise befolgen: „Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel am besten nach Dosieranleitung einsetzen. Das spart Energie, Chemikalien sowie Wasser – und schont die Gesundheit. Viel Chemie hilft keineswegs viel, sondern belastet Umwelt und Geldbörse nur unnötig.“ so Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA). Alte Elektrogeräte – ob Lampen, Handys, Fernseher oder Stereoanlagen – gehören übrigens nicht in die graue Tonne. „Den Elektroschrott müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Sammelstellen ihrer Stadt oder Gemeinde abgeben – und das völlig kostenlos. So wandern die wertvollen Rohstoffe in den Geräten nicht einfach auf den Müll, sondern lassen sich verwerten.“, so Troge. Die ausgedienten Elektrogeräte enthalten immer knapper werdende und deshalb kostbare Edelmetalle wie Gold, Indium und Platin sowie Stahl und Kunststoffe. Alte Elektrogeräte dürfen bereits seit März 2006 nicht mehr in den Hausmüll gelangen, sondern sind bei den kommunalen Sammelstellen abzugeben.

Allzweckreiniger sind für fast alle Reinigungsarbeiten und alle wischbeständigen Oberflächen geeignet. Beim Gebrauch sind die Anweisungen der Hersteller genau zu beachten, um eine Überdosierung und dadurch verursachte Streifenbildungen zu vermeiden. Für ein besseres Putzergebnis und um Umweltbelastungen zu mindern, sollte man bei verschiedenen Verschmutzungen zu alternativen Reinigern greifen:

- Scheuermittel sind bei hartnäckigen Verschmutzungen auf kratzfesten Oberflächen eine gute Wahl. Die mechanische Reinigung ermöglicht einen geringeren Einsatz starker Chemikalien, die das Abwasser belasten. Besonders im Sanitärbereich reicht regelmäßiges Reinigen mit Putzmitteln auf Basis der Zitronensäure völlig aus, um Kalk und Schmutz zu beseitigen. Desinfizierende Mittel sind hier in der Regel überflüssig.
- Vorsicht ist bei Rohr- und Abflussreinigern geboten: Sie sind meist stark ätzend und wegen des großen Anteils alkalischer Inhaltsstoffe auch sehr umweltbelastend. Sie tragen dadurch vor allem zur Versalzung der Gewässer bei. Verstopfungen in Bad oder Küche beseitigt man also besser mechanisch mit der Saugglocke oder einer Drahtspirale.
- In der Küche greifen Umweltbewusste - statt zu aggressiven Spezialreinigern für Herd und Backofen - besser zum Spülmittel, alkalischen Allzweckreiniger oder Scheuermittel. Länger einwirken lassen und statt Chemie mehr Muskelkraft einsetzen, das bringt gute Ergebnisse, falls man den Schmutz sofort vom warmen Herd oder Backofen entfernt. Auch Kalk lässt sich nach kurzem Einwirken mit Zitronensaft oder saurem Reiniger auf Basis der Zitronensäure oft wie von selbst entfernen.
- Beim Fensterputzen hilft statt eines speziellen Glasreinigers auch Wasser mit einem Schuss Spülmittel, Essig oder Spiritus. Ein Fensterabzieher oder ein Lederlappen sorgen für streifenfreien Glanz.
- Polster und Teppiche reinigt man umweltbewusst, indem man sie saugt oder bürstet. Flecken lassen sich hier oft mit Seifenschaum oder sparsam aufgetragener lauwarmer Feinwaschlösung entfernen.
- Auf den Einsatz von Raumbeduftungsmitteln sollte verzichtet werden, da Duftstoffe eine Ursache für Allergien sein können. Meist hilft bereits kurzes Lüften, um schlechte Gerüche zu beseitigen.

Und wie entsorgt man alte Chemikalien? Chemikalien und Lösemittel, wie Terpentinersatz, können die Umwelt schwer schädigen und dürfen daher nicht in den Abfluss oder in die Mülltonne gelangen. Reste sollte man zum Händler, den kommunalen Sammelstellen oder zu einem Entsorgungsunternehmen bringen. Zu den kaputten Elektrogeräten, die bei den Sammelstellen abgegeben sind, gehören auch Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren, da diese Produkte Quecksilber enthalten. In Batterien sind Cadmium, Quecksilber und Blei, daher dürfen sie nicht im Hausmüll landen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen diese in gekennzeichneten Behältern oder bei öffentlichen Sammelstellen ihrer Stadt oder Gemeinde entsorgen. Bei lithiumhaltigen Batterien, wie Lithium-Ionen-Batterien aus Kameras oder Laptop-Akkus, besteht bei unachtsamer Entsorgung zudem die Gefahr kleinerer Brände oder Explosionen. Das Abkleben der Batteriepole ist daher aus Sicherheitsgründen zu empfehlen.

Weitere Informationen unter <http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/elektrog/index.htm>
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3057.pdf>

31.03.2008

Bromierte Flammschutzmittel: Schutzengel mit schlechten Eigenschaften? Über Nutzen, Risiken und Ersatzstoffe informiert ein neues Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes

Flammschutzmittel retten Leben – denn sie können verhindern, dass Brände entstehen. Viele Hersteller setzen die Stoffe daher in Elektro- und Elektronikgeräten, Dämmstoffen oder Textilien ein. Aber: Einige der potentiellen Lebensretter haben nicht nur gute Eigenschaften. Besonders die bromierten Flammschutzmittel können sich in der Umwelt verbreiten sowie in der Nahrungskette und im Menschen anreichern. Die beiden häufig verwendeten Flammschutzmittel Decabromdiphenylether (DecaBDE) und Hexabromcyclododecan (HBCD) sind beispielsweise in der Muttermilch, in Fischen, Vogeleiern und Eisbären nachweisbar. HBCD ist akut giftig für Gewässerorganismen. Bei DecaBDE bestehen konkrete Hinweise auf langfristig schädliche, neurotoxische Wirkungen und den langsamen Abbau zu niedriger bromierten, stärker toxischen Verbindungen. „Vor allem die weite Verbreitung des DecaBDE und HBCD macht mir Sorge. Chemikalien, die sich in Mensch oder Tier anreichern, gehören nicht in die Umwelt“, sagt Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA). Für viele bromierte Flammschutzmittel gibt es sinnvolle Alternativen – und zwar ohne Abstriche an der Sicherheit. Möglich sind gänzlich andere Materialien – beispielsweise Textilien aus Glasfasern – oder weniger schädliche Flammschutzmittel, etwa Magnesiumhydroxid oder bestimmte halogenfreie, phosphororganische Flammschutzmittel. Der Einsatz dieser Alternativen ist technisch und wirtschaftlich möglich. Ein neues Hintergrundpapier des UBA stellt die wichtigsten Fakten zu bromierten Flammschutzmitteln zusammen.

Bromierte Flammschutzmittel sind technisch gut zu verarbeiten und relativ kostengünstig. DecaBDE, HBCD und Tetrabrombisphenol A (TBBPA) gehören mit jeweils 56.400 Tonnen, 22.000 Tonnen und 145.000 Tonnen pro Jahr zu den weltweit meistverbrauchten bromierten Flammschutzmitteln. Zu Emissionen kommt es sowohl während der Produktherstellung als auch bei der Produktnutzung und der Entsorgung. Die Anteile der verschiedenen Eintragungspfade sind noch nicht ausreichend geklärt.

Die neue europäische Chemikalienverordnung REACH sieht vor, dass so genannte PBT-Stoffe - also Stoffe, die gleichzeitig persistent, bioakkumulierend und toxisch sind – in Zukunft nicht mehr verwendet werden sollen. Ausnahmen lässt die Europäische Chemikalienagentur nur unter drei Bedingungen zu: Es liegen keine weniger gefährlichen Ersatzstoffe vor, Umwelteinträge lassen sich nachweislich auf ein Mindestmaß reduzieren und der gesellschaftliche Nutzen übersteigt die Risiken. HBCD ist bereits als PBT-Stoff bewertet, bei DecaBDE steht die Entscheidung noch aus. Diese beiden Flammschutzmittel wären damit unter den ersten bedeutenden Industriechemikalien mit einer solchen Bewertung. „Ich halte eine Bewertung als PBT-Stoffe und eine deutliche Begrenzung der Anwendung dieser Substanzen für dringend geboten“, so UBA-Präsident Troge.

Sowohl DecaBDE als auch HBCD und TBBPA kommen in Gehäusen von Elektro- und Elektronikgeräten vor, ebenso sind DecaBDE und HBCD in Textilien enthalten. Hier plädiert das UBA für ein rasches Ende aller Anwendungen, da weniger problematische Ersatzstoffe – wie Magnesiumhydroxid, bestimmte phosphororganische oder stickstoffhaltige Flammschutzmittel – verfügbar sind.

Für HBCD in Dämmstoffen aus Polystyrol ist bisher kein alternatives Flammschutzmittel bekannt. Allerdings erfüllen bei den meisten Anwendungen andere Dämmstoffe – beispielsweise Mineralwolle – die gleiche Funktion. Das UBA hält es allerdings für vertretbar, HBCD wegen seiner positiven Wirkung bei der Wärmedämmung befristet als Flammschutzmittel weiterzuverwenden. Dies gilt jedoch nur, sofern eine strenge Emissionskontrolle während der Herstellung und Verarbeitung erfolgt und die Entwicklung geeigneter Ersatzstoffe schnell voranschreitet.

TBBPA kommt vorwiegend als reaktives Flammschutzmittel in elektronischen Leiterplatten zum Einsatz und ist dort das dominante Flammschutzmittel. Es liegen jedoch marktreife Alternativen vor, weshalb das UBA den Ersatz hier mittelfristig anstrebt. Als Ersatzstoffe kommen auch hier bestimmte halogenfreie, phosphororganische Flammschutzmittel oder von sich aus schwer entflammbare Kunststoffe in Betracht.

=====

Ende des newsletter/d/115

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an

info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web:

<http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt